

# Berliner Tageblatt



Nr. 567

und Handels-Zeitung

52. Jahrgang

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

## Die neue Lage in England.

### Baldwins Rücktritt unvermeidlich.

### Der Umschwung.

Von [Nachdruck verboten.]  
Josef Schwab.

#### Die Frage der Kabinettsbildung.

„Lloyd Georges persönlicher Triumph.“ — Ramsay MacDonald kommender Premierminister?  
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 8. Dezember.

Heute morgen liegen 602 Wahlergebnisse aus, die seinen Einfluß mehr auf die Lage ausüben können. Die Konservativen haben hiernach 254, die Liberalen 149, die Arbeiterpartei 192 Siege im Unterhaus. Das bedeutet, daß die bisherige absolute konservative Mehrheit von rund 80 in eine Minorität von rund 90 Stimmen verwandelt worden ist, und daß die Arbeiterpartei die stärkste Oppositionspartei im Unterhaus sein wird. Daß der Schupzoll hiermit erledigt ist, steht außer Frage. Das große Problem ist jetzt, wie das Land überhaupt eine Regierung bekommen kann. In dieser Beziehung sieht England vor einer noch nie dagewesenen Lage, die aber noch Zerstörung des Zweiparteiensystems über kurz oder lang kommen mußte. Wenn früher eine Partei besiegte wurde, übernahm automatisch die andere die Regierung. Heute, unter dem Dreiparteiensystem, verfügt nicht eine Partei über die hierzu notwendige Mehrheit. Hieraus erklärt es sich, daß augenblicklich eine beispiellose Ungeheißheit herrscht, und daß es kaum einen Ausgang gibt, der nicht von dem einen oder anderen Platz für möglich gehalten wird. Allgemein wird der Rücktritt Baldwins für unvermeidlich angesehen. Es fragt sich aber, ob Baldwin dem König schon in der kommenden Woche seine Entlassung einreichen wird, oder ob er das englische Parlament am 8. Januar zusammenrufen läßt, um sich von ihm zum Rücktritt zwingen zu lassen. Die weitere Frage ist, ob Baldwin dem König raten wird, den Führer der stärksten Oppositionspartei, MacDonald, mit der Bildung der Regierung zu betrauen. Hierüber gehen die Ansichten auseinander.

Die dringendste Frage ist, ob es zu einer neuen Koalition kommen wird, oder ob eine der drei Parteien eine reine Parteiregierung bilden und sich von Fall zu Fall von einer der anderen Parteien unterstützen lassen wird. Es besteht heute hier eine gewisse Tendenz, den letzteren Ausweg für möglich zu halten. Die Schwierigkeiten einer Koalition zwischen den Konservativen und Liberalen liegt darin, daß die Koalitionsliberalen Asquiths aus den Wahlen härter hervorgehen als die Lloyd Georges. Außerdem hat aber Lloyd Georges einen Vertreter der „Daily Mail“ gegenüber erklärt, daß von einer Koalition mit den Konservativen nicht die Rede sein könne. Für den Fall, daß diese Koalition doch zustande kommen sollte, nennen die „Times“ Lord Balfour, Austen Chamberlain, Lord Grey und Asquith als Kandidaten für den Premierministerposten. Gegen eine Koalition der Liberalen und der Arbeiterpartei spricht die Tatsache, daß die Arbeiterpartei einen großen Kräftezuwachs erhalten hat und dementsprechend ihre Ansprüche stark zugenommen haben. Von den konservativen Wählern spricht sich das Diehard-Blatt „Morning Post“ aufs Schärfste gegen eine Koalition mit den Liberalen aus.

„Daily Mail“ schreibt: Wie verlautet, habe Baldwin vor den Wahlen seinem Kabinettsmitglied, daß er, wenn er keine Mehrheit erziele, seinen Posten als Führer der Konservativen niederlegen werde. Es werde allgemein angenommen, daß dies jetzt unvermeidlich sei, und daß eine Zusammenkunft der Partei stattfinden werde, um einen neuen Führer zu wählen. Die Mehrheit der konservativen Minister und Führer, die gestern nachmittag nach London zurückkehrten, sei der Ansicht, daß Baldwins Rücktritt angenommen werden würde. Ihre Gedanken richten sich auf Lord Derby und Austen Chamberlain als wahrscheinlichsten Nachfolger. Sie seien außerdem der Ansicht, daß unverzüglich eine konservative-liberale Koalition als Grundlage der neuen Regierung zu schaffen, zumal entsprechende Angebote der Arbeiterpartei an die Liberalen erfolgen würden. Auf Nachfrage in Lloyd Georges Haus soll nun sein Sekretär erklärt haben, es sei nach Lloyd Georges sicher, daß es keine konservative-liberale Koalition geben werde, das selbe liege auch von den liberalen Drahtziehern im Umkreis gefestigt worden. „Daily Mail“ erklärt jedoch, die Tatsache, daß die Liberalen in der Lage seien, einen Handel entweder mit den Konservativen oder der Arbeiterpartei bezüglich des Preises ihrer Unterstützung zu machen, müsse bei diesen Erwägungen in Rücksicht gezogen werden. Es wird erwartet, daß Baldwin dem König seinen Rücktritt als Premierminister anbieten will, wenn er die Führung der konservativen Partei niederlege. Man glaubt jedoch, daß er einen entscheidenden Entschluß erst nach dem Wochenende treffen werde.

Am Montag wird ein Kabinettsrat abgehalten werden. Eine Versammlung der konservativen Partei findet im Laufe der Woche statt. Inzwischen werden die wildesten Vermutungen in liberalen Kreisen über den wahrscheinlichsten Verlauf der Ereignisse laut. Zu gewissen Kreisen wird vorgeschlagen, das gegenwärtige Kabinettsrat solle umgebildet werden und mit Zustimmung der Liberalen im Amt bleiben, es wird aber auch vorausgesetzt, daß im Falle eines Rücktritts Baldwins Ramsay MacDonald ausgerufen werden wird, das Ministerium zu bilden. In diesem Falle wäre die Arbeiterparteiregierung abhängig von der Unterstützung der Liberalen, und das Programm der Arbeiterpartei würde daher nicht mehr die Pläne einer Kapitalsteuer oder der Nationalisierung einschließen.

Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Express“ schreibt, Baldwin werde das Premierministeramt und die Führung der konservativen Partei niederlegen. Der Beschluß des Premierministers werde der Partei auf einer Sitzung im Carlton Club in der nächsten Woche mitgeteilt werden. Kein anderer Weg bleibe Baldwin offen nach der überwältigenden Niederlage, welche die Regierung bei den Wahlen erlitten habe. Die regierungsfeindliche Presse jubelt über die „vernichtende Niederlage“ der Regierung. Lieber die nächsten Schritte gehen die Ansichten der gesamten Presse vollkommen auseinander. „Times“ weisen darauf hin, daß keine der drei Parteien eine starke Regierung ohne Allianz, Arbeitsvereinbarung oder schließlich gar Koalition bilden könne. „Daily Telegraph“, „Daily Mail“ und „Daily Express“ treten für eine Koalition der Konservativen und Liberalen gegen die von der Arbeiterpartei kommende Gefahr ein. Die „Morning Post“ erklärt, die größte Katastrophe für die konservative Partei würde eine neue Koalition sein. „Westminster Gazette“ und „Daily News“ befürworten eine Vereinbarung zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei über gegenseitige Unterstützung im Parlament, und zwar Unterstützung der aus der Partei gebildeten Regierung durch die andere Partei ohne Bildung einer Koalitionsregierung. „Westminster Gazette“ tritt dabei für eine Arbeiterregierung ein. „Daily Chronicle“ der „Lloyd Georges persönlichen Triumph“ bei dem historischen Ergebnis“ betont, schreibt, die Regierung, deren Unfähigkeit eine Last für das Land und eine Gefahr für Europa gewesen sei, sei davongejagt worden. „Westminster Gazette“ sagt, Baldwins Rücktritt sei es, seinen Rücktritt einzureichen und dem König anzuraten, an erster Stelle Ramsay MacDonald zu berufen, der der Führer der größeren der bei den Wahlen siegreichen Parteien sei. Baldwin dürfe keine Zeit verlieren, denn die Lage der europäischen Angelegenheiten allein genüge, um zu zeigen, daß das Problem der Welt gelöst werden müsse. Die Liberalen müsse eine führende und tatsächlich entscheidende Rolle spielen. Das Land sei nach links geschwenkt, und es sei wünschenswert, daß eine Regierung, wie es sie wünsche, zustande komme. Keine derartige Regierung könne auch nur eine Woche am Leben bleiben, ohne irgendwelche Art von Unterstützung von mehr als einer einzigen Partei. Ihre Politik werde daher so geartet sein, daß sie das allgemeine Vertrauen einer Mehrheit im Hause hat. „Westminster Gazette“ erklärt, ein Kompromiß sei unvermeidlich und jede Partei, die aus partei- oder technischen Gründen ablehnen sollte, dieser Tatsache gegenüberzutreten, werde ihre Verurteilung durch die öffentliche Meinung verdienen und auch erhalten. (Siehe auch Seite 2.)

#### Vor der Schlußabstimmung im Reichstag.

Die verfassungsmäßige Mehrheit für das Ermächtigungsgesetz voraussichtlich vorhanden.

Die heutige Reichstagsabstimmung wird die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz bringen. Die Fraktionen haben sich bemüht, alle nur erreichbaren Mitglieder, die bei der letzten Abstimmung gefehlt haben, telegraphisch heranzuziehen. Vom Zentrum fehlten bei der vorgestrigen Abstimmung acht Abgeordnete, fünf von ihnen dürften heute amiesend sein, darunter der aus Wien herbeigeholte Gelehrte Dr. Pfeiffer. Von den Demokraten fehlten zwei. Heute ist die Fraktion vollständig besetzt. Von der Deutschen Volkspartei waren vorgestern neun Mitglieder abwesend. Auch von diesen dürfte eine Reihe heute zugegen sein. Die Sozialdemokraten vermehren das letzte Mal im ganzen 22 Mitglieder. Zur Stunde findet im Reichstagsgebäude eine Fraktionsabstimmung der Sozialdemokraten statt, um den Fraktionszwang zu beschließen und unter allen Umständen auf die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes zu drängen, d. h. die geänderte Anwesenheitsziffer auch in ihren Reihen zustande zu bringen. Man erwartet, daß es gelingen wird, mehr als 306 Abgeordnete, die notwendige Präsenziffer, für das verfassungändernde Gesetz, zusammen zu bringen und so eine Auflösung des Reichstags zu vermeiden.

Die allgemeine Beurteilung, die die deutschnationale Obstruktionsfraktion am vorgestrigen Tage gefunden hat, scheint nicht ohne Einfluß auf die Fraktion gewesen zu sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie nunmehr bei der Abstimmung im Saale verbleiben wird, da ihre Obstruktion wahrscheinlich sowieso nutzlos werden würde. Jedenfalls werden möglicherweise nicht alle Mitglieder der deutschnationalen Fraktion, vor allem die kleineren Randwirte, die Obstruktion nicht mitmachen. Unter diesen Umständen darf man zur Stunde mit einiger Sicherheit annehmen, daß das Ermächtigungsgesetz die erforderliche Mehrheit auf sich vereinigen wird.

Vor der Abstimmung wird noch eine Reihe kleinerer Vorlagen, so das Gesetz zur Änderung des Reichswahlgesetzes und des Volksentscheidungsrechts erörtert werden. Daher dürfte die entscheidende Abstimmung erst in der fünften Stunde vor sich gehen.

Für heute mittag 1/2 Uhr war eine Kabinettsitzung anberaumt, in der sich die Reichsregierung mit der Frage des Ermächtigungsgesetzes beschäftigte.

Wird es wirklich ein Umschwung sein? Kommt der Entscheidung, die das englische Volk gestern getroffen hat, nicht nur die negative Bedeutung einer Abgabe an das Schupzollprogramm zu, sondern wird sie auch die positive Folge einer wesentlichen Änderung der britischen Politik nach sich ziehen? Das ist die Frage, die jetzt, nachdem Baldwins großes Wahlmandat fehschlagen, fast allem vorandranzt. In einem, und vielleicht im wichtigsten Punkte läßt die Frage sich bestimmt bejahend beantworten. Das heißt, daß die britische Politik nicht mehr von den Diehards beeinflusst oder vielmehr bestimmt wird. Lieber die Beweggründe, die Baldwin bei dem Appell an die Wähler leiteten, herrscht ja noch immer Meinungsverschiedenheit. Es war ein ziemlich unverständlicher, von vornherein im Erfolg zweifelhafter und, wie man jetzt sieht, durchaus unvernünftiger Schritt, der nur einem in parlamentarischen und Parteigerichte ziemlich unerfahrenen passieren konnte. Die einen glauben, daß Baldwin durch die Neuwahlen zu einer gereinigten, wenn auch etwas geschwächten konservativen Partei gelangen, das heißt, daß er die ihm über die Massen unbedeuten Diehards aufs Glatteis führen wollte, und dabei selber eingebrochen sei. Andere meinen, daß sein plötzlicher Entschluß, das Schupzollprogramm, von dem er selber vor einem halben Jahre noch nichts wissen wollte, in den Mittelpunkt seiner Politik zu stellen, eine Kapitulation vor den extremen Konventionen darstelle. Darin ist sicher etwas Richtiges. Baldwin machte den Diehards die größte Konzeßion, indem er bei der Monatsabstimmung eine Ab-Ob-Politik verfolgte, indem er dabei von der Fiktion ausging, als liege die Wurzel des größten Übels, unter dem England leidet, des Darnebedrückens seiner lebenswichtigsten Industrien, der Arbeitslosigkeit und Misswirtschaft, nicht in der englischen Nation, sondern in ausländischen Wettbewerbern. Diejem Gedanken gänge gemäß bedeutet die Aufforderung zur Einführung der Schupzoll und einer autarkischen Handelspolitik des britischen Reiches den Verzicht auf eine aktive Beteiligung an der Lösung der brennendsten europäischen Fragen und auf eine baldige und wirkliche Abhilfe vom eigenen britischen Interesse aus. Es war, so nachdrücklich auch Baldwin seine Politik als eine rein probitorische bezeichnete — und an seiner Ehrlichkeit ist ein Zweifel nicht erlaubt —, doch eine profanzödische Politik und nicht mehr. Mit dieser Diehard-Politik ist es nun zu Ende, das ist der politische Sinn der britischen Volksabstimmung über ein wirtschaftliches Problem.

Man darf nicht übersehen, daß, so sehr auch die volkswirtschaftlichen Argumente im Wahlkampf die beherrschende Rolle gespielt haben, und von den Gegnern des Schupzoll absehlich in den Vordergrund gestellt wurden, daß ihre Siege erleichtert wurden, doch von den Parteien und den Wählermassen die großen Streikfragen der britischen Politik seinen Augenblick aus dem Auge gelassen wurden. Man braucht sich nur der Wahlmienen zu erinnern, mit denen die Parteien vor ein paar Wochen in die Frage der Stellungnahme Englands in den schwersten Angelegenheiten der internationalen Politik die große Rolle gespielt haben. Alle forderten sie zur Verkettung des großen Friedens in Europa auf, die Konservativen durch die Stärkung der britischen Wirtschaftsmacht und der der Aufrechterhaltung der Entente und Anlehnung an den Völkerbund, die Liberalen durch eine gezielte und gerechte Regelung des Reparationsproblems und eine radikale Reduktion des Völkerbunds, die Arbeiterpartei durch eine radikale Revision des Versailler Vertrages und Umgestaltung des Völkerbunds in dem Sinne, daß er jeden Namen verdienen. Das englische Volk hat in seiner letzten Abstimmung eine deutliche Antwort auch auf die Frage gegeben, zu welchen Grundsätzen in diesen Dingen es in seiner Mehrheit bekennt. Die Politik des konservativen Kabinetts, als deren Merkmal die liberale Wahllaufbahn, Unentschiedenheit, Feigheit und der Liberalen bezeichnet hat, ist gründlich verurteilt worden. Anpreisen bezeichnet hat, eine aktive, selbständige und wirklich die britischen Interessen zur Richtschnur nehmende Politik. Die Vertreter dieser Forderung ziehen mit einer großen Mehrheit im neuen Parlament ein, daß keine Regierung von Bestand sein kann, die sich nicht deutlich zu der nächsten Zukunft in wieviel von dieser Forderung schon in der nächsten Zukunft in die Wirklichkeit des diplomatischen Handelns umgesetzt werden wird, das liegt durchaus noch im Dunkeln. Darüber läßt sich erst Klarheit gewinnen, wenn die überaus schwierige Frage der Einfließung nach dem gestrigen Wahlausfall so sonderbar verwickelt, wie sie kaum jemals in der englischen Parlamentsgeschichte faum jemals in der drei großen Parteien hat, wie gewesen ist. Keine der drei großen Parteien hat, wie schon erwähnt, die absolute Mehrheit erhalten. Jede ist, wenn die Regierung übernehmen will, von zwei Minderheiten geteilt. Entweder die Bildung einer Minderheitsregierung mit wohlwollender Unterstützung einer der beiden anderen Parteien, beziehungsweise mit einer Mehrheits-